

HEISSE EISEN

Informationen der DKP Dortmund



März / April 2019



www.dkp-dortmund.de

Ostermarsch in diesem Jahr notwendiger denn je. In Europa droht die Stationierung neuer Atomraketen.

Marschieren für den Frieden!

Von
Ula Richter

„Kampf dem Atomtod“, das war die Parole, mit der die Ostermarschierer schon seit den 1960er Jahren auf die Straße gingen. Seit den Atombomben der USA auf Hiroshima und Nagasaki und dem nachfolgenden atomaren Aufrüsten der beiden Großmächte war die Gefahr eines alles vernichtenden Krieges in der Welt.

In den 1980er Jahren, mit der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in West- und Osteuropa, war diese Drohung real geworden. Hunderttausende gingen dagegen auf die Straße. Mit dem INF- Vertrag, der zur Verschrottung der Raketen führte, war diese Gefahr vorerst gebannt. Allerdings war die Option eines atomaren Erstschlages der USA gegen die Sowjetunion nie vom Tisch.

Heute wird das Feindbild aus der Zeit des kalten Krieges nahtlos auf Russland übertragen: „Putin ist an allem schuld“ tönen Politik und Medien und rechtfertigen mit diesem Fake eine irrsinnige militärische Aufrüstung.

Schritt für Schritt in Richtung Krieg

Nachdem die NATO gegen alle internationalen Absprachen bis an Russlands Grenzen vorgerückt ist, Raketenab-schirmsysteme in Polen und Ungarn errichtet werden, große militärische Kontingente gegen Russland in den baltischen Staaten auf Angriff gedrillt werden, bei denen die Bundeswehr eine Vorreiterrolle spielt, hat Trump nun auch den INF-Vertrag gekündigt. Russland hat nachgezogen.

„Besuchen Sie Europa, solange es noch steht ...“

Der Song aus den 1980er Jahren gewinnt neue Aktualität. Mit der Aufkündigung

des INF-Vertrages droht die Stationierung neuer, noch flexiblerer und präziserer Atomwaffen in Europa. Auch die Atomsprengköpfe, die immer noch in der Eifel lagern, werden bereits „modernisiert.“

Statt dem durchgeknallten Vertreter des US-Imperialismus in den Arm zu fallen,

rüsten auch Deutschland und Europa auf und spielen selber mit dem Gedanken atomarer Aufrüstung.

Höchste Zeit, die Brandstifter zu stoppen und auf die Straße zu gehen.

Angaben zum Ablauf des Ostermarsches Rhein-Ruhr auf Seite 8

8. März -

Internationaler Frauentag



Lesen Sie unseren Beitrag zum Internationalen Frauentag auf Seite 2



Udo Stunz vom Kreisvorstand der DKP Dortmund

Auf ein Wort ...

**„Bunt statt braun“
nur an Sonn- und
Feiertagen?**

Der DGB möchte in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache eine Ausstellung über die AfD zeigen, die von der VVN-BdA konzipiert wurde und über die Machenschaften der AfD aufklärt. Die Stadt verweigert dem DGB die Räume in der Steinwache mit dem Hinweis auf das „Neutralitätsgebot“ öffentlicher Stellen. Vor der Europawahl dürften in Gebäuden der Stadt keine parteipolitischen Veranstaltungen stattfinden. Einmal abgesehen davon, wie konstruiert diese Begründung ist - der DGB ist keine politische Partei, somit ist die Ausstellung keine parteipolitische Veranstaltung - bedeutet diese Weigerung ein Zurückweichen vor der rechten Drohung und

steht in Kontrast zu dem von der Stadt so oft verkündeten „Bunt statt braun“. Wo sonst, wenn nicht in der Steinwache, ist eine aufklärende Ausstellung über den rechten Rand besser aufgehoben?

Die AfD ist noch keine durch und durch faschistische Partei. Aber die Grenze zwischen dem Rechtspopulismus und Neofaschismus schwimmt mehr und mehr. Die Neofaschisten in der AfD bestimmen mehr und mehr ihre Richtung. Da helfen auch kein Abwiegeln und keine Tarnung. Gaulands „Geschichtsauffassung“, 12 Jahre blutiger Naziterror seien nur „ein Vogelschiss“ gewesen, ist dafür ein Beleg von vielen.

Wie die AfD an anderer Stelle die Durchsetzung des „Neutralitätsgebots“ zu erzwingen gedenkt, zeigt sich an ihrer Einrichtung von „Lehrer-Prangern“.

Die Weigerung der Stadt, dem DGB Räume in der Steinwache zur Verfügung zu stellen, ist auch ein Schlag ins Gesicht all jener, die sich Neonazis und der völkisch-nationalistischen AfD entgegenstellen. Welch ein Zeichen gegen Rechts! Der DGB sollte nicht klein beigeben.

Schlecht gemacht, Herr Sierau!

8. März – Internationaler Frauentag

Von Petra Krug und Vera Moschke

Am 8. März ist wieder Internationaler Frauentag. Weltweit gehen an diesem Tag Frauen für ihre Rechte auf die Straße. Und das ist nach wie vor bitter nötig. Bei Löhnen und Renten werden sie systematisch benachteiligt. Sie werden in schlecht bezahlte Berufe, oft unfreiwillige Teilzeit und Minijobs gedrängt; alleinerziehende Mütter sind zehnmal häufiger erwerbslos als alleinerziehende Väter. Die Folge: Frauen sind deutlich stärker von Armut und Altersarmut betroffen.

Es verwundert nicht, dass unter diesen ökonomischen Bedingungen Frauendiskriminierung nach wie vor Bestandteil der Alltagskultur ist. Frauenfeindliche Witze in den Social-Media-Plattformen, offen sexistische Shows in den Programmen privater Fernsehsender, und in der Werbung hat sich auch wenig geändert.

Die Stadt Dortmund spielt da ganz vorne mit! Bestes Beispiel ist die von Dortmunder Unternehmen initiierte und finanzierte Standortkampagne „Darum Dortmund“. Mit vier kunterbunten Motiven soll auf Plakatwänden das Dortmund-Image aufpoliert werden.

Auf dreien davon spiegeln Frauen das, was in dieser Gesellschaft von ihnen erwartet wird: Fröhlich Einkaufsstützen schwenkend sind sie „Drei von 601 000

Wirtschaftsförderern (sic!) in Dortmund“, also willige Shopping-Queens; vier Frauen präsentieren beim Yoga stolz ihre Baby-Bäuche als „Vier von 200 Startups in Dortmund“ und eine präsentiert – zur Fläche verdinglicht – ihren grüngefärbten Schopf als „Eine von 280 Grünflächen in Dortmund“.

Das Motiv „Eine von 123 000 Bilderbuchkarrieren in Dortmund“ zeigt pikanterweise einen lesenden Jungen und vervollständigt somit den Eindruck, den frau vom Weltbild dieser Herrschaften

bekommt: Shoppen, Kinderkriegen und Mode hier - Karriere machen da!

In ebendieses Bild passt, dass die Firma „LagerBox“ auf ganzen Hauswänden damit wirbt, dass man bei ihnen nicht nur die Folgen exzessiver Konsumorgien, sondern auch die eigene Gattin „sicher, sauber, trocken“ ein- oder zwischengelagern kann (Foto unten).

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie wichtig es nach wie vor ist, rauszugehen auf die Straße - und das nicht nur am 8. März - für Frauenrechte, gegen Diskriminierung!

LAGER sicher
BÜX sauber trocken

- ✓ ab 1 m³ / 1 Woche
- ✓ ab 9,95 € / 4 Wochen
- ✓ 7 Tage / 6 - 22 Uhr
- ✓ codierter Zutritt
- ✓ privat / gewerblich
- ✓ Alarm / Video

LAGERBOX.com 0231/95 98 32 55

Was läuft auf der Nordseite des Hauptbahnhofs?

Von Wolfgang Richter

Die große Fläche zwischen Hauptbahnhof und Nordstadt ist in der Kritik, seit der Zentrale Omnibus Bahnhof (ZOB) für Fernbusse hierhin verlagert wurde. Den Anstoß hatte 2012 der hochgelobte Bau des Fußballmuseums auf der Cityseite der Bahntrasse geliefert. Damals musste der ZOB hier schnell weg - am einfachsten schien es der Verwaltungsspitze, ihn auf die Nordseite der Bahn zu versetzen. 'Vorläufig' konnte er so am Hauptbahnhof bleiben und sich hier ausbreiten. Einst war diese Fläche als dringend notwendige Grünfläche festgelegt worden. Aber sie blieb immer die Rückseite der Bahn und der Zugang zur vernachlässigten Nordstadt. Aus der klimatisch und sozial erforderlichen Grünzone ist auf diese Weise eine Restfläche geworden, die sich ZOB- und Parkplatzasphalt, Baustellenlager und Baracken, PKW- und LKW-Zufahrten aufteilen und mit dem ÖPNV teilen. Wer hier nicht warten muss, durchquert die Ödnis schnell - Aufenthaltsqualität ist nirgends zu finden.

“Das überholte zerstörerische Leitbild aus der Frühzeit des Automobils soll weiter die Zukunft bestimmen.”

Die Fernbusse, die mit ihrem Zentralen Omnibus Bahnhof hier den größten Flächenanteil nutzen und versiegeln, sind private Konkurrenz des unterfinanzierten Schienenverkehrs und öffentlichen Nahverkehrs. Sie transportieren Menschen und Lasten zu extremen Dumpingbedingungen. Funktionale Beziehungen zwischen Bahn- und Fernbusverkehr existieren nicht - jeder andere Standort mit gutem ÖPNV-Anschluss wäre genauso gut oder besser bei kurzem Anschluss an die Fernstraßen. Zudem sind die Fernbusse besonders umwelt- und klimaschädigend, luftverschmutzend, lärmverbreitend und ganz einfach gesagt: gesundheitsgefährdend. Sie allein sind nicht schuld an der Klimakatastrophe und am Verkehrs-Gau, aber sie können als Symbole für die verfehlte Verkehrspolitik gelten. Die beruhte auf der unbedingten Vorfahrt für das Auto unter Vernachlässigung aller anderen Verkehrsmittel. Zu Fuß gehen und Radfahren wurden vielerorts lebensgefährlich. Diese Leitlinie gilt nach wie vor, insbesondere für 'moderne Städte', zu denen Dortmund selbstverständlich gehören will.

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung sind bei dieser autozentrierten Politik des vorigen Jahrhunderts geblieben und haben das Gesicht der Stadt und ihre Nutzung weiter verändert. Ziel war nicht der beste oder auch nur gute Gebrauch für die Menschen, die hier leben oder die Stadt besuchen. Ziel war allezeit, die bestmögliche Verwertung für investiertes am liebsten ganz großes Kapital zu gewährleisten. Zu diesem Zweck

irrt die Planung durch das Stadtgebiet, um Restflächen in "guter Lage" - gerne für profitable Hochhäuser oder auch andere Highlights - zu suchen und die Spekulation mit ihnen vorzubereiten. Manchmal gelingt sie, oft scheitert sie - in jedem Fall zahlen die öffentliche Hand, der städtische Haushalt, Landes- und Bundesprogramme, letztlich die Dortmunder/innen selbst drauf. Mit Hilfe von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklungsplanung bezahlen sie das asoziale Auseinanderklaffen in die ungeheuren Reichtümer allmächtiger Eigentümer einerseits und die rasant zunehmende Verarmung vieler Menschen andererseits.

Zurück zur Fläche hinter dem Hauptbahnhof, die heute eher einem Schrottplatz mit Fernbusanschluss ähnelt als überhaupt einer 'Lage'. Seit einiger Zeit bemühen sich Politik und Stadtverwaltung, neuerdings mit Hilfe ausgewählter Planungsbüros, das städtebauliche Desaster zu 'gestalten'. Hierzu läuft ein interner und intransparenter Planungsprozess ab, dessen Zwischenergebnisse nichts Gutes verheißen. Das überholte zerstörerische Leitbild aus der Frühzeit des Automobils soll weiter die Zukunft bestimmen. Der mächtige Auto-Clan lebt - die privaten Verkehre sollen noch verstärkt werden, Baugrund für Betongold wird gesucht. Die gute Chance zu einer klima-, umwelt-, sozial- und verkehrspolitischen Wende an diesem zentralen Platz wurde von Politik und Verwaltung, vorläufig, ausgeschlagen. Seit der Verlagerung des ZOB hierher arbeitet aber eine kritische Bürgerinitiative - "Garten statt ZOB". Das von ihr gepflanzte Mahnmal auf der Nordseite des Hauptbahnhofs lebt und demonstriert die Alternative.

Mehr Information: <https://www.gartenstattzob.de/>

Wochenzeitung der DKP

Marxistisch, kritisch, analytisch



Jetzt 6 Wochen kostenlos testen!



Jahresabo
Print-Abo

Reguläres Abo > 11,- € / Monat
Ermäßigtes Abo > 5,50 € / Monat
Förderabo > 15,- € / Monat

Jahresabo
Online-Abo

Reguläres Abo > 8,- € / Monat
Ermäßigtes Abo > 4,- € / Monat
Förderabo > 12,- € / Monat

Jahresabo
Kombi-Abo

Reguläres Abo > 13,- € / Monat
Ermäßigtes Abo > 6,50 € / Monat
Förderabo > 18,- € / Monat

Bestellen Sie die "UZ" für 6 Wochen kostenlos.
Das Testabo endet automatisch.

CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
buero@unsere-zeit.de | <https://unsere-zeit.de/abo/index.html>

“Mehr von uns ist besser für alle”

In Dortmund wird die Gründung eines Bündnisses für mehr Personal im Gesundheitswesen vorbereitet

Von Udo Stunz

Wie in vielen Regionen und Städten der BRD wird nun auch in Dortmund die Gründung eines „Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen“ vorbereitet. In der Vorbereitungsgruppe arbeiten Kolleginnen und Kollegen aus der Kranken- und Altenpflege, Mitglieder von Attac, der IG Metall und von ver.di, der Linkspartei und der DKP mit.

Anlass zur Gründung des Bündnisses waren vor allem die Kämpfe der Beschäftigten der Charité in Berlin und der Unikliniken Essen und Düsseldorf für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Durch ihr Motto: „Mehr von uns ist besser für alle!“, ist deutlich geworden, dass da nicht eine Berufsgruppe für egoistische Interessen eintritt, wie bürgerliche Medien und „Arbeitgeber“ sich beeilen, die Auseinandersetzungen zu diffamieren. Es zeigte sich, dass dieser Kampf eine gesellschaftliche Dimension hat: Gesundheit ist keine Ware und Wettbewerb und Markt können es nicht regeln.

Die Unterstützung der Kämpfenden von

außen durch Pflegebündnisse ist notwendig und wertvoll. Draußen muss deutlich gemacht werden, dass gute Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in den Krankenhäusern Bedingung für eine gute Versorgung der Patient*innen sind. Auch muss von außen der Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden, die sich mit allen Tricks dagegen wehren, die inzwischen in Essen und Düsseldorf getroffenen Vereinbarungen umzusetzen. Das wollen wir auch in Dortmund versuchen.

Die Bundesregierung und allen voran Gesundheitsminister Spahn speist die Pflegekräfte und die Patientinnen mit einer Gesetzgebung ab, die den Pflegenotstand und die schlechten Arbeitsbedingungen zementiert und sich bei der Versorgung der Patientinnen an dem schlechtesten Viertel aller Krankenhäuser orientieren soll. Deshalb müssen die Kämpfe für mehr Klinikpersonal weitergehen, öffentlich, betrieblich und auch mit der Forderung nach Tarifverträgen, die sicher nur mit Arbeitskämpfen errun-

gen werden können.

Jede/r von uns ist potenzielle Patientin. Darum ist es notwendig, das Thema „Bessere Pflege“ noch mehr ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Dazu sind Informationsveranstaltungen ein gangbarer Weg. Aber auch die Unterstützung der Aktionen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft in den kommenden Auseinandersetzungen bieten sich dazu an. Die gesellschaftliche Dimension der Auseinandersetzung und der gewerkschaftlichen Ziele müssen deutlich gemacht werden. Es muss öffentlich Druck für die Entlastung in der gesamten Pflege entwickelt werden. Die Kämpfe der Beschäftigten im Gesundheitswesen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen können Beispiel für die Kolleginnen und Kollegen in vielen anderen Branchen sein, in denen ebenfalls unmenschliche Arbeitsbedingungen herrschen.

Das Bündnis soll keine Konkurrenzveranstaltung zur Arbeit der Gewerkschaft sein, aber eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Ziele!



Foto: Petra Krug

Rote Nelken zum Dank für schwere und wichtige Arbeit

Den Internationalen Frauentag nimmt die DKP Jahr für Jahr zum Anlass, rote Nelken an unsere weiblichen Mitbürger zu verschenken. So zum Beispiel auch im Klinikum an der Beurhausstrasse. Dort ziehen unsere Genossen mit Körben voller roter Nelken von Station zu Station, um den Kolleginnen zum internationalen Frauentag zu gratulieren und ihnen für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit zu danken. An jeder Nelke hängt ein kleiner Flyer, auf dem neben einem Gedicht auch die wichtigsten Forderungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Klinikum zu lesen sind. In diesem Jahr gehört natürlich auch der Slogan gegen die katastrophale Personalnot in den Krankenhäusern dazu: “Mehr von uns ist besser für alle!”.

“Das war die Geburtsstunde des Hitlerfaschismus“

Dortmunder Bürgerinnen und Bürger haben am 100. Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Mahnwachen und einem Mahngang zwischen der Karl-Liebknecht- und der Rosa-Luxemburg-Straße der beiden Revolutionäre gedacht. Initiiert wurde die Aktion von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschist*innen (VVN/BdA).

Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN/BdA, hielt die Ansprache. Er zeigte auf, dass die damalige Regierung unter Reichspräsident Friedrich Ebert und

Reichswehrminister Gustaf Noske - beide SPD - im Jahr 1918/19 eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte. Sie bediente sich der reaktionärsten Kräfte, um die Revolution niederzuschlagen, jener rechtsradikalen Freikorps, die mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm gegen die Arbeiterbewegung vorgingen. Am 15. Januar 1919 verschleppte und ermordete diese reaktionäre Soldateska mit ausdrücklicher Billigung durch Noske die beiden bedeutendsten Vertreter der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Mehrere Tausend Arbeiter, aber auch Intellektuelle, wurden in diesen Wochen und Monaten von rechten Kräften des Militärs ermordet. Die gleichen Mordbanden bildeten auch die Keimzelle des deutschen Faschismus. So die im Dezember 1918 gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“, aus der später die NSDAP hervorging.

„Wenn wir also heute an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor 100 Jahren erinnern, dann erinnern wir damit auch an die Geburtsstunde des deutschen Faschismus, der in den 30er und 40er Jahren Gewalt, Krieg und Vernichtung über Europa gebracht hat“, sagte Ulli Sander.



Fotos: Hanfried Brenner

Umbenennung der Gustav-Noske-Straße in Dortmund-Scharnhorst gefordert

Auf den Mahnwachen am 15. Januar sprachen sich die Anwesenden auf Anregung von Ulrich Sander einmütig für die Umbenennung der Gustaf-Noske-Strasse aus. Am Tag nach der Aktion schrieb Sander einen Brief an den Oberbürger-

meister mit der Bitte, Sierau möge dabei helfen, dass der Beschluss gefasst wird, die Gustaf-Noske-Straße umzubenennen. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus Ulrich Sanders Brief:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sierau!

Gestern erinnerten Dortmunder Bürgerinnen und Bürger an den 100. Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Mahnwachen und einem Mahngang zwischen der Karl-Liebknecht-Str. und an der Rosa-Luxemburg-Str. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktion am U-Bahnhof Karl-Liebknecht-Str. stimmten einmütig der Forderung zu: „Die Stadt Dortmund wird von uns aufgefordert, die Gustav-Noske-Straße umzubenennen.“

Als Redner der Veranstaltung führte der Unterzeichnende zur Begründung aus:

„Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) spielte 1918/19 eine besonders verhängnisvolle Rolle als einer der Führer der rechtesten Kräfte, der Freikorps, die schon bald mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm die Arbeiterbewegung bekämpften. Am 15. Januar 1919 ermordete diese reaktionäre Soldateska, angeführt u.a. von dem Politiker Gustav Noske, in Berlin die beiden bekanntesten Vertreter der deutschen Revolutionären Bewegung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (...) begründeten die antimilitaristischen und Friedensbewegungen der arbeitenden Menschen. Karl Liebknecht war der erste Vertreter der SPD, der sich während des Ersten Weltkrieges öffentlich gegen die deutsche Kriegspolitik gestellt hat. (...) Rosa Luxemburg war eine deutsch-polnische Sozialistin, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine herausragende Repräsentantin der Arbeiterbewegung war. (...)

Die Ermordung der beiden Revolutionäre ist bis heute ein Symbol für die gewaltsame Niederschlagung der revolutionären demokratischen Bewegungen im Deutschen Reich (...). Wenn wir also heute an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor 100 Jahren erinnern, dann erinnern wir damit auch an die Geburtsstunde des deutschen Faschismus, der in den 30er und 40er Jahren Gewalt, Krieg und Vernichtung über Europa gebracht hat.“

Knüppelgarde 2.0

Von Petra Krug

Nun werden also auch in Dortmund, nach mehreren anderen Städten in NRW, die Mitarbeiter des Ordnungsamtes nach und nach mit sogenannten „Einsatzmehrzweckstöcken“ (EMS) ausgerüstet.

Dieses unter Kampfsportlern auch Tonfa genannte Gerät ist bei der Polizei schon seit längerem als Nachfolger des altbekannten Gummiknüppels im Einsatz. Der EMS fällt unter das Waffengesetz und kann Menschen schwer verletzen.

Als Begründung dient die angeblich zunehmende Respektlosigkeit gegenüber dem Staat und seinen Organen und die damit steigende Gewaltbereitschaft in bestimmten Bevölkerungskreisen. Mit Schutzwesten, Handschellen und Pfefferspray als Bestandteilen der Ausrüstung der Ordnungsamtsmitarbeiter und der „Ordnungspartnerschaft“ mit der Polizei ist der randalierenden Dortmunder Bevölkerung offenbar nicht mehr beizukommen.

Laut OB Sierau ist die Erlaubnis zum Tragen von Schlagstöcken „ein Stück Wertschätzung“ gegenüber den Ordnungsdienstlern und kommt erwartungsgemäß auch in der CDU gut an.

Kritik gibt es u.a. von der Linken, den Grünen, Teilen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Gewerkschaft ver.di aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln.

Erstere fürchten, dass Konflikte durch diese Bewaffnung eher eskalieren könnten, die GdP fürchtet um das Gewaltmonopol der Polizei und ver.di sieht – im Falle eines Einsatzes - Anzeigen wegen Körperverletzung auf die Ordnungskräfte zukommen.

Im Jahr 2017 hat es 12 körperliche Attacken auf Ordnungsdienstler in Dortmund gegeben und die Kriminalitätsrate sinkt. Ob die Aggressivität in der Bevölkerung gefühlt oder tatsächlich steigt – der Sinn von Repressionsmaßnahmen darf bezweifelt werden. Auf Dauer würde man sich US-amerikanischen Verhältnissen annähern.

Stattdessen sollte man sich fragen, wel-

che gesellschaftlichen Ursachen den Übergriffen zugrunde liegen könnten. Ein System, das Ellenbogenmentalität als Tugend ansieht, Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung immer stärker enttabuisiert und große Teile der Bevölkerung der Verelendung preisgibt, muss

sich über die Folgen im alltäglichen Zusammenleben nicht wundern.

Und übrigens: Seine Wertschätzung gegenüber den MitarbeiterInnen des Ordnungsamtes kann man auch anders ausdrücken. Wie wär's zum Beispiel mit einer ordentlichen Gehaltserhöhung?



Aufhören, Reul! Aufhören!

Von Theo Fabricius

Innenminister müssen ja keinen höheren IQ haben als US-Präsidenten. Völlig des Wahnsinns fette Beute jedoch scheint der Herr Reul zu sein. Oldschool-Linksradikale erkannte man früher leicht am strengen Geruch und daran, dass sie zum Frühstück kleine Kinder fraßen, Roth-Händle rauchten und am Klo nicht zogen.

Aus dieserlei Geschäften haben sich die Linksextremisten gänzlich zurückgezogen. Vielmehr fallen sie heutzutage besonders dadurch auf, dass sie Ausländer ermorden, Unterkünfte von Flüchtlingen abfackeln, Schwule und Obdachlose krankenhaushausreif prügeln und lauthals durch die Gegend brüllen: „Wer den Kommunismus liebt, ist Antisemit!“ Das ist zwar Staatstragend, aber dem Export von Industrieprodukten eher schädlich.

Schließlich geht es ja um den guten Ruf des Landes! Also bittet der Innenminister die Linken, die bekanntlich auch nur Menschen sind und ihre Angewohnheiten nur ungern ändern, mit ihrem Tun baldigst aufzuhören. Er lässt ein „Aussteigerprogramm“ schneiden und hat schon den ersten Preis für das zum Programm gehörende Plakat verliehen. Es zeigt einen Steinwerfer und verkündet: „Wir sind friedlich, was seid Ihr?“

Wie sehr hier der Bock (oder der Reul) zum Gärtner gemacht wird, erkennt man leicht. Das vom Minister ausgezeichnete Bürschchen, das sich den grandiosen Bockmist ausgedacht hat, ist Mitglied der schlagenden Verbindung „Teutonia“, die wiederum Teil des mit anderen rechtsradikalen Organisationen verschwippten Dachverbandes „Deutsche Burschenschaften“ ist.

„Allianz für die Bolmke“ setzt sich durch Widerstand lohnt sich!

Von Petra Krug

Ca. 250 Mitglieder hat der z.Z. noch neben den Westfalahallen beheimatete Dortmunder Reiterverein. Deren Interessen sollten Vorrang haben vor Klima- und Naturschutz sowie dem Erholungsbedürfnis tausender Bürgerinnen und Bürger, wenn es nach unseren Stadtoberen gegangen wäre.

Eine bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche zwischen Bolmke und Stockumerstraße sollte an den Reiterverein verkauft werden, da dieser den Erweiterungsplänen der Messe bis 2023 weichen muss. Mit gravierenden Folgen: ca. 3 ha versiegelter Boden, verstärktes Verkehrsaufkommen, Verbauung einer wichtigen Frischluftschneise und Vernichtung eines Rückzugsgebietes für Tiere infolge des dann stärkeren Nutzungsdrucks durch Erholungssuchende in der Bolmke.

Umweltfreundliche Alternativen, z.B. in Löttringhausen, wo ein bereits existierender Reiterhof zum Verkauf steht, wurden vom Verein aus wenig plausiblen Gründen abgelehnt.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne gründete sich die „Allianz für die Bolmke“, bestehend aus Naturschutzverbänden, den Naturfreunden Kreuzviertel und aus mehreren Kleingartenvereinen.

Deren Engagement ist es zu verdanken, dass dieses Vorhaben – die Privatisierung einer wichtigen Naturfläche zugunsten eines Elite-Sportvereins - gestoppt werden konnte. Innerhalb kurzer Zeit unterschrieben mehr als 3 500 Menschen eine entsprechende Petition. Dadurch konnte der Druck auf die Verantwortlichen erhöht werden. Zudem wäre es bei der fälligen Änderung des bisherigen Bebauungsplans, der die Fläche als „private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Kleingartenanlage“ ausweist, zu Klagen der Naturschützer gekommen. Diese waren bereits angekündigt. Das Verfahren hätte sich dadurch weit über das Jahr 2023 hinaus verzögert.

Die Rücknahme des Vorhabens ist ein großer Erfolg für bürgerschaftliches Engagement. Nun soll als nächster Schritt die dauerhafte Sicherung dieser Fläche durch ihre Umwidmung zum Landschaftsschutzgebiet erkämpft werden, um so sämtlichen Begehrlichkeiten einen Riegel vorzuschieben. Dazu sind eine weitere Unterschriftensammlung und weitere Aktionen geplant.

Soll Klimaschutz wirklich mehr sein als eine fromme Absichtserklärung, dann müssen wertvolle Freiflächen, die der Versorgung der Stadt mit kühler Luft dienen, erhalten und geschützt werden.



KURZ & BÜNDIG

Filmerei der Polizei bei Demo war rechtswidrig

Am 24. September 2016 fand in Dortmund unter der Parole „Es reicht! Rechte Gewalt stoppen in Dortmund und anderswo!“ eine antifaschistische Demonstration statt. Trotz der Proteste der Demonstranten fuhr die ganze Zeit ein Videowagen der Polizei vorweg und filmte ununterbrochen. Jetzt hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen über eine Klage dagegen entschieden und festgestellt: Dieses Vorgehen der Polizei war rechtswidrig. Das Demonstrationsrecht werde dadurch beeinträchtigt, unter anderem, weil davon eine Einschüchterungswirkung ausgehe.

In NRW wurden weniger preiswerte Wohnungen gebaut

Trotz des steigenden Bedarfs an bezahlbaren Wohnungen wurden im Jahr 2018 weniger Wohnungen in diesem Preissegment gebaut. Besonders der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft weiter rasant: zwischen 2013 und Ende 2017 um 69 000 auf nur mehr 545 000 Wohnungen. Von 2017 bis 2018 sank die Zahl der öffentlich geförderten Mietwohnungen und Wohnheimplätze um 15 Prozent auf 6 159.

Bündnis fordert bezahlbaren Wohnraum

Im Januar 2019 gründeten Mieterbund, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie die Kirchen in NRW eine gemeinsame Initiative zur Bekämpfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und gegen die Aufweichung des Mieterschutzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung.

Vermögensverteilung immer ungerechter

Deutschland zählt nach Angaben der Entwicklungsorganisation Oxfam zu den Industrieländern mit der größten Ungleichheit bei Vermögen. So konnten Milliardäre ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent steigern. Das reichste Prozent der Deutschen besitzt nun ebenso viel Vermögen wie die ärmeren 87 Prozent.



Du wirfst dich als Schutzengel vor deine Stadt, die schändlich von ARD, Tatort und aller Welt als Erfinderin der Mittelmaßigkeit und Siegerin der Langeweile geschmäht und als Tatort pisshosiger Büdchenseligkeit und fiesen Arschgeruchs überführt in die Kriminalgeschichte eingehen soll. Der Tatort, sagst du, passt nicht? Ruhrpampf statt Ruhrkampf – ein Püttpourri aus Zechen- und Stahlwerkschließung, Rechtsterror, Bergschäden und gemeiner Eifersucht, dazu noch Geheimdienst-Kicherhexe versus edlen Ortsgendarm. Das ist zu billig, um die Leserbriefspalten wochenlang zu füllen.

Ach, Sierau, reg dich doch mal über den Dortmunder Alltag auf. Da gibt es Naziterror, Fremdenhass, Mietwucherei, Umweltskandale. Misch dich mal ein in Themen wie die Personalbemessung im Pflegebereich oder in den Bau von Radwegen. Was ist mit der Privatisierung der Energie-, Wasser-, ...betriebe? Und was es sonst noch alles gibt. Da geht es wohl nicht um die Einschaltquoten?

Bald ist auch der 1. April: Kurz nach dem Pokalspiel gegen Werder ging die Nachricht ein: Bei Erweiterungsarbeiten unter den Stadionpissoirs wurde ein Tonziegel aus dem 17. Jahrhundert mit Maßeinkerbungen gefunden. 6 Zoll, ganze 15 Zentimeter, bezeichnet mit der Inschrift "MEDIOCRITAS TREMONIENSIS". Zu Deutsch: "Das Dortmunder Mittelmaß". Gesiegelt wurde es mit den Lettern SPD, was nur bedeuten kann "Senatus Populusque Dortmundorum" (Rat und Volk der Dortmunder). Das ist dein Maß, Sierau, mit dem du in die Geschichte eingehst. Gratuliere!

Theo Fabricius

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2019

Der Ostermarsch Rhein-Ruhr steht unter dem Motto **"Abrüsten statt Aufrüsten - Verbot der Atomwaffen! Für ein Europa des Friedens!"**. Er beginnt am 20. April (Ostersamstag) in Duisburg und führt über die Stationen Köln und Düsseldorf durch das Ruhrgebiet nach Dortmund, wo er am Ostermontag mit dem traditionellen Friedensfest endet (Genaueres dazu siehe Kasten rechts). Ausführliche Infos über alle Termine und das umfangreiche Kulturprogramm auf der gesamten Route findet man im Internet auf www.ostermarsch-ruhr.de



TERMINE der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag (i. d. Regel) im Monat findet um 19 Uhr im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 4. Montag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Süd**.*

> Jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19:30 Uhr trifft sich im Z** die **DKP-Stadtteilgruppe Nord**.

> Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Haus Gobbrecht.

> Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West***.

* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen Süd und West sind zu erfragen unter: > Info@dkp-dortmund.de

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund
Tel. 28 21 77 97

Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
22.02.2019

V.i.S.d.P.: Doris Borowski



ja, ich will

mehr Infos über die DKP und ihr Programm

Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Mitglied werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Ausschneiden und einsenden an:
**DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27,
44145 Dortmund**
Oder eine E-Mail senden an:
info@dkp-dortmund.de



**für die
Kommunistische Partei!**

Auch kleine Beträge helfen weiter!

Sparkasse Dortmund
IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
Stichwort: Spende

Karfreitagsgedenken und Ostermarsch in Dortmund

Karfreitagsgedenken

10.30 Uhr: Gedenkveranstaltung am jüdischen u. intern. Friedhof, Rennweg, am Hauptfriedhof: "Sie sind uns unvergessen!"

Ab 12.00: Uhr Stadion Rote Erde Treffen zum Heinrich-Czerkus-Gedächtnislauf auf die Bittermark (Näheres im Internet über <http://heinrich-czerkus.de/>)

14.30 Uhr: Mahngang vom Eingang der Bittermark an der Kirchhörder Str. aus (Infostand des Dortmunder Friedensforums) zur Gedenkveranstaltung der Stadt am Mahnmal für die von den Nazis am Karfreitag 1945 ermordeten Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer.

Ostermarsch am Ostermontag

12.30 Uhr: Dortmund-Dorfeld, Wilhelmplatz, Friedensgottesdienst mit Pfarrerin Kerstin Schiffner.

13.00 Uhr: Auftaktkundgebung. Es spricht Ulrich Schneider, Generalsekr. Int. Föderation d. Widerstandskämpfer. Musik: "Mobile Einsatzkapelle Bochum". 14.00 Uhr Abmarsch in Richtung City.

14.40 Uhr: Zwischenkundgebung auf dem Friedensplatz. Es spricht Dave Varghese, ver.di-Vertrauensmann und Betriebsrat im Klinikum Westfalen. Andreas Weißert rezitiert Bertold Brecht.

15.45 - 18.30 Uhr: Friedensfest als Abschluss des Ostermarsches Rhein-Ruhr am und im Wichernhaus, Stollenstraße 36. Begrüßung: Willi Hoffmeister. Hauptrede: Wolfgang Lemb, IGM-Bundesvorstand. Musik Krzysztof Daletski & Tochter, Peter Sturm & Band, Peter Röllke. Lyrik Andreas Weißert. Moderation Anke Georges.